

Westliche Werte und doppelte Standards  
(unter dem Titel »Zynische Verlogenheit«,  
veröffentlicht am 5. November 2019 bei »Rubikon«)

Die unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe, mit denen unsere Politiker die eigenen Entscheidungen und andere Geschehnisse auf der Welt mit Beharrlichkeit vertreten, und die folgsame Kritiklosigkeit, mit der die Medien ihre Aufgabe als vierte Gewalt und kritische Instanz vernachlässigen, lassen auch für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Der neue Feind ist ausgemacht, es ist stets der alte, lange schon bekannte. Um auch völkerrechtswidrige Aktionen in der Öffentlichkeit begründen zu können, ist die Welt in ein Gefüge von „gut“ und „böse“ geteilt. Mittlerweile ist die waltende Schizophrenie derart offensichtlich, dass jeder einigermaßen nachdenkliche Mensch alarmiert sein muss.

*Die gegenwärtige, sehr verwirrende Lage im geschundenen Syrien*

Seit 2011 versuchen fremde Mächte in Syrien entscheidenden Einfluss zu gewinnen. Nicht nur seit dieser Zeit ist es die Regel, derlei Bemühen mit harmlos-freundlichen Worten zu kaschieren. Damals nannten sich die bemühten Okkupanten, zu denen neben den USA Jordanien, Katar, Saudi Arabien, die Vereinigten Emirate, Ägypten, die Türkei, auch Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien gehören, heuchlerisch „Freunde Syriens“. Diesen „Freunden“ ging und geht es aber nie um Hilfe für die syrischen Bevölkerung, „sondern um Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes nach einem voraussichtlichen Sturz des derzeitigen Regimes, obwohl man mit diesem bisher stets gut zusammenarbeiten konnte. Mehrere, seit längerem geplante, für den Westen wichtige Öl- und Gaspipelines stehen auf dem Spiel, die Saudi Arabien und Katar mit dem östlichen Mittelmeerraum und der Türkei verbinden und deshalb partiell durch syrisches Gebiet führen sollen.“ So zu lesen am 17. Oktober 2014 in der *FAZ* unter dem Titel: „Und ihr denkt, es geht um einen Diktator“

Heute, fünf Jahre und mehrere hunderttausend Tote und Millionen von Vertriebenen später, ist das Erreichte einem dieser „Freunde“, der Türkei, zu wenig. Deshalb ließ der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan am 9. Oktober 2019 sein Militär ganz offiziell in nordsyrisches Staatsgebiet einmarschieren, um einen Teil des Territoriums zu annektieren. Die kurdische Miliz YPG bedrohe türkisches Staatsgebiet, so die Begründung. Seiner Aktion gab er den blumigen Namen „Operation Friedensquelle“ und beweist damit, dass es zu den üblichen Gepflogenheiten gehört, mit zynisch-verlogener Wortwahl auch ganz offensichtliche völkerrechtswidrige Vorhaben zu kaschieren. Natürlich sprudelt aus dieser Quelle kein Frieden, zumal der türkische Präsident bei seinem Unternehmen auf fremden Territorium nicht nur türkisches Militär einsetzt, um die Kurden aus dem Grenzbereich zur Türkei zu vertreiben, sondern auch islamistische Milizen, die man zwar offiziell bekämpft, jedoch gern auch als Verbündete nutzt, wobei sie dann verbal in „Rebellen“ oder neuerdings auch in „Freischärler“ umgetauft werden.

Das ganz aktuelle Vorgehen dieser türkischen Verbündeten müsste eigentlich für weltweites Entsetzen sorgen, verüben sie doch schlimme Verbrechen. Doch in der Berichterstattung unserer Medien werden selten die verstörenden Bilder gezeigt, die die „Operation Friedensquelle“

produziert. Bisher wurden bereits eine größere Anzahl Zivilisten getötet und laut UN-Angaben mehr als hunderttausend Menschen vertrieben. Unter den Ermordeten befindet sich auch die 35-jährige kurdische Politikerin und Frauenrechtlerin Havrin Khalaf, die am 12. Oktober 2019 auf der Überlandstraße M4 zwischen den nordsyrischen Städten Kamischli und Manbidsch von islamistischen Terroristen der Dschihadistenmiliz Ahrar al-Sharqiya aus ihrem Auto gezerrt und gemeinsam mit ihrem Fahrer regelrecht hingerichtet wurde, wie ich am 15. Oktober im »Hamburger Abendblatt« lesen konnte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete die türkische Militäroperation gegen die Kurdenmiliz YPG in ihrer Regierungserklärung im Bundestag als ein „humanitäres Drama“ und erklärte, dass die Bundesregierung „unter den jetzigen Bedingungen“ keine Waffen mehr an die Türkei liefern würde. Doch ist das eben nicht die Wahrheit, die Bundesregierung erteilt nur keine neuen Genehmigungen für Rüstungsexporte, was im Klartext bedeutet, dass aktuell weiterhin Waffen geliefert werden. Auch erwähnt sie die brutale Ermordung Havrin Khalafs mit keinem Wort. Die anderen europäischen Staaten und die USA nehmen dieses Verbrechen ebenfalls kaum zur Kenntnis. Nirgendwo wird der Mord an Havrin Khalaf beklagt, geschweigen denn mit Sanktionen geahndet. Es gibt es keinen Aufschrei, nirgendwo! Er ist als für die Weltpolitik belanglos unter den Tisch der westlichen Wertegemeinschaft gefallen.

#### *Erschreckend unterschiedliche Wertung der Menschenrechte*

Wie anders war doch da die Reaktion auf den Mordanschlag an Sergej Skripal im englischen Salisbury. Sofort war der einzige für die Inszenierung weltpolitischer Spannungen Schuldige zur Hand. Weltweit kochte die Empörung wochenlang hoch. Das Weiße Haus verlautbarte ohne zu zögern, der Vorfall passe „zu einem Verhaltensmuster, in dem Russland die auf Regeln beruhende internationale Ordnung missachtet, die Souveränität und Sicherheit von Ländern weltweit untergräbt“. Und folgsam bestanden übereinstimmend Kanzlerin Merkel, Präsident Macron und Premierministerin May auf einer „starken europäischen Antwort“ auf Russlands Vorgehen. Der damalige britische Außenminister Johnson meinte sogar, dass Putin die Fußballweltmeisterschaft genau so missbrauchen würde, wie Hitler 1936 die Olympischen Spiele (»Spiegel online«, 23. März 2018).

Obwohl nichts bewiesen und die Untersuchungen des Vorfalles gerade begonnen hatten, wurden damals ohne zu zögern sofort entschiedene Maßnahmen eingeleitet. Russische Diplomaten mussten nicht nur umgehend Großbritannien verlassen, auch die USA und nahezu alle westliche Staaten warfen aus Solidarität mit dem so hinterhältig angegriffenen Großbritannien russische Diplomaten aus dem Lande. Außerdem plante man ein breit angelegtes Paket möglicher Strafen: Die Sanktionen gegen Russland sollten ausgebaut, das Vermögen russischer Oligarchen in Großbritannien eingefroren, die NATO-Präsenz an der russischen Grenze aufgestockt, russische Banken vom internationalen Finanzdatenaustauschverfahren Swift ausgeschlossen, Russland des staatlichen Terrorismus bezichtigt, die Fußballweltmeisterschaft im Sommer boykottiert und dem russischen TV-Sender »RT« die Sendelizenz entzogen werden.

Den Anschlag mit einem der tödlichsten Nervengifte überlebten Vater und Tochter Skripal merkwürdigerweise. Nach wenigen Tagen wurde die Tochter gesund aus dem Krankenhaus entlassen, nach einigen Wochen folgte dann der vergiftete, doch lebendig gebliebene Vater. Seitdem allerdings hat die beiden niemand mehr gesehen oder etwas von ihnen gehört. Zwar ist die Beweislage bis heute nach wie vor dürftig und stützt sich ausschließlich auf Vermutungen, doch die westlichen Politiker glauben mit ganzer Kraft, dass nur Putin einen solchen Mord begehen kann. Und dann gab es auch noch den heimtückischen Mord an dem „bekanntesten Kriegsreporter Russlands und entschiedenen Kremlgegner Arkadij Babtschenko“, der am 29. Mai 2018 von einem Agenten Putins mit vier Schüssen niedergestreckt wurde, wie in unseren Medien zu lesen war. Der Bundespräsident, der deutsche und der englische Außenminister sahen sich in der Pflicht, aufs Allerschärfste zu protestieren. Der verantwortliche Redakteur, Ressort Politik bei »Bild«, Julian Röpecke, forderte sogleich, dass man jetzt unbedingt über den Abbruch von „FIFA WorldCup und NordStream 2“ nachdenken müsse. Doch der tapfere Kremlkritiker erschien plötzlich wie durch ein Wunder völlig unversehrt vor den Kameras und erklärte, dass er mit dieser Aktion einem geplanten blutigen Anschlag Putins zuvorgekommen sei. Unsere Politiker und die angeschlossenen Medien waren zwar deshalb drei Tage lang in höchster Aufregung gewesen, der wirklich und wahrhaftige geschehene Mord an Havrin Khalaf allerdings hat weder Konsequenzen, noch wird er als wichtig erachtet, sich damit überhaupt zu beschäftigen. Die westliche Wertegemeinschaft wertet menschliches Leben eben verschieden.

#### *Eine westliche Annexion als normale politische Handlung*

Selbstverständlich ist der türkische Staatspräsident Erdogan nicht Putin, sondern ein wichtiger NATO-Partner mit nuklearer Teilhabe und ein äußerst wichtiger Anrainer am Schwarzen Meer in unmittelbarer, strategisch wichtiger Nähe zu Russland. Deshalb zeigt er sich auch von all den butterweichen Drohungen völlig unbeeindruckt. Auf ihn können und wollen seine NATO-Partner im lange vorbereiteten Konflikt mit dem bösen Staat im Osten auf keinen Fall verzichten. Gleich bemühte sich die Führungsmacht der westlichen Welt darum, den neuen osmanischen Führer zu bewegen, die zu erwartende Gewalt möglichst gering zu halten, um auch die Empörung in der Welt begrenzen zu können. Der Vizepräsident wurde zum klärenden Gespräch nach Istanbul geschickt. Immerhin sprechen jetzt plötzlich auch führende westliche Politiker von einer Verletzung des Völkerrechts, wenn die Türkei ihr Militär in ein anderes Land einmarschieren lässt, um dort ein Stück fremden Territoriums zu annektieren.

Wie bei Morden so gelten auch bei Annexionen unterschiedliche Standards. Zwar wurden beim gegenwärtigen Unternehmen der Türkei auf syrischem Territorium eine große Anzahl Zivilisten ermordet und nahezu 200.000 Menschen vertrieben, anders als bei der Russland unterstellten Krim-Annexion, wo kein Schuss fiel und auch kein einziger Mensch ums Leben kam. Als Reaktion auf den US-amerikanisch inszenierten Maidan-Putsch und der darauf folgenden antirussischen Politik der neuen ukrainischen Regierung, beruhte die auf der Krim vollzogene staatliche Veränderung auf der freien Entscheidung der dortigen, zumeist russischstämmigen Bevölkerung. Im

völkerrechtlichen Sinne ist das eine Sezession und keine Annexion. Des ungeachtet waren die westlichen Staaten, allen voran die USA, schnell bei der Hand, auch hier umfangreiche Sanktionen zu verhängen.

Da die Türkei nicht Russland und Erdogan nicht Putin ist, wie schon gesagt, muss die westliche Wertegemeinschaft mit der Frage von Annexion und Völkerrechtsverletzung hier ganz anders umgehen. Der amerikanische Vizepräsident stoppte bei seinem Gespräch mit dem NATO-Partner Erdogan zwar nicht die völkerrechtswidrige türkische Okkupation, doch erreichte er eine fünftägige Waffenruhe, in der die kurdischen Milizen aus dem von der Türkei beanspruchten Landstrich abziehen sollten. Wenige Tage später allerdings traf sich Erdogan mit Putin, was allerdings die westlichen Politiker äußerst beunruhigte. Putin erreichte eine Verlängerung des Waffenstillstands um weitere sechs Tage, eine Verkleinerung des zu annectierenden syrischen Gebietes und vereinbarte dort gemeinsame russisch-türkische Kontrollen, um Gewalteskalationen zu unterbinden. Dass Russland damit im Begriff ist, die bisherige Syrienpolitik der westlichen freien Welt auszuhebeln, beunruhigt deren Politiker erheblich.

#### *Scheinbare politische Hilflosigkeiten*

Ziemlich fassungslos suchen sie jetzt nach einer Lösung des Dilemmas. Da der amerikanische Präsident sein ebenfalls völkerrechtswidrig in Nordsyrien befindendes Truppenkontingent aus der Region abgezogen hatte, bevor es zur türkischen Militärintervention kam, zauberte unsere Verteidigungsministerin schnell die Idee einer internationalen „Schutztruppe“ als „europäische Antwort“ aus dem Hut. Sogar ein UNO-Mandat brachte sie ins Gespräch, obwohl der Westen all die Jahre keinerlei Probleme hatte, dort ohne jegliches Mandat mit Söldnerwerbung und -ausbildung, Geldzahlungen, Waffenlieferungen und dem Verhängen wirtschaftlicher Boykottmaßnahmen einen Regime Change zu arrangieren. Dieses Vorhaben will man auf keinen Fall aufgeben. Der Schulterchluss der westlichen Staaten mit dem türkischen Aggressor und seinen islamistischen Mörderbanden bleibt jedenfalls unangetastet. Auch der brutale Mord an der kurdischen Politikerin Havrin Khalaf ändert daran nichts.

Zwar hatten die USA Militär in Nordsyrien abgezogen und damit den Weg frei gemacht für die türkische Militärintervention, doch nun schickt die einzige Weltmacht zusätzliche militärische Kräfte zum Schutz der Ölfelder in den Osten Syriens, wie »Der Spiegel« ganz aktuell unter Berufung auf eine Meldung des Magazins »Newsweek« am 25. Oktober 2019 berichtet. „Die Truppenbewegung soll verhindern, dass die von den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) kontrollierten Ölfelder wieder an die Terrormiliz 'Islamischer Staat' (IS) oder an 'andere destabilisierende Akteure' fallen, sagte ein Vertreter des Pentagons am Donnerstag“. Auch die syrische Regierung soll mit dieser ebenfalls völkerrechtswidrigen Aktion von den Ölfeldern des eigenen Landes ferngehalten werden. Die USA jedenfalls würden das Öl schützen, „und wir werden in der Zukunft entscheiden, was wir damit machen werden“, twitterte Donald Trump.

Die Werte, die man erbarmungslos und bei jeder sich bietenden Gelegenheit als scharfes Schwert ins Feld führt, wenn es gegen den ausgemachten Erzfeind geht, zählen nichts, wenn die eigenen Interessen durchzusetzen sind. Die Frage steht im Raum, was eine so agierende Völkergemeinschaft wert sein kann.